

ERKLÄRUNG DER MOSKAUER TAGUNG DER TEILNEHMERSTAATEN DES WARSCHAUER PAKTES VOM 29. MÄRZ 1961

In der Zeit vom 28. bis 29. März 1961 fand in Moskau eine ordentliche Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe statt.

An der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses beteiligten sich:

Als Vertreter der Volksrepublik Albanien: der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Verteidigungsminister Bekir Baluku; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, K. Theodhosi; der Außenminister B. Shtylla;

der Volksrepublik Bulgarien: der Erste Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Shiwkow; der Vorsitzende des Ministerrates, Anton Jugow; der Minister für Nationale Verteidigung, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Iwan Michailow; der Außenminister Karlo Lukanow; der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Zeko Monow;

der Ungarischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar; der Vorsitzende der revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Ferenc Münnich; der Außenminister Endre Sik; der Verteidigungsminister Lajos Czinege; der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Erwin Javor; der Amtierende Chef des Generalstabes der Ungarischen Volksarmee, Lajos Toth;

der Deutschen Demokratischen Republik: der Erste Sekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates, Walter Ulbricht; der Sekretär des ZK der SED Erich Honecker; der Außenminister, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, Dr. Lothar Bolz; der Minister für Nationale Verteidigung, Heinz Hoffmann;

der Volksrepublik Polen: der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Wladyslaw Gomulka; der Vorsitzende des Ministerrates, Jozef Cyrankiewicz; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Stefan Jedrychowski; der Minister für Nationale Verteidigung, Marian Spychalski; der Außenminister Adam Rapacki;

der Rumänischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der RAP, Vorsitzender des Staatsrates, Gheorghe Gheorghiu-Dej; der Vorsitzende des Ministerrates, Ion Gheorghe Maurer; der Verteidigungsminister Leontin Salajan; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gheorghe Marin Gaston; der Außenminister Corneliu Manescu;

der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow; der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion, R. J. Malinowski; der erste Stellvertreter des Außenministers, W. W. Kusnezow;

der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik: Der Erste Sekretär des ZK der KPČ, Präsident der ČSSR, Antonín Novotný; der Ministerpräsident Viliám Široký; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, stellvertretender Ministerpräsident, Otakar

Šimunek; der Minister für Nationale Verteidigung, Bohumir Lomsky; der Außenminister Václav David.

Als Beobachter nahmen an der Tagung teil:

von der Volksrepublik China: das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Botschafter der Volksrepublik China in der UdSSR, Liu Hsiao;

von der Koreanischen Volksdemokratischen Republik: das Mitglied des Präsidiums des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Nationale Verteidigung, Kim Kwang Hyup; der stellvertretende Minister für Nationale Verteidigung, Befehlshaber der Luftstreitkräfte, Zoi Gwan; der Stellvertreter des Außenministers Li Djan Sik;

von der Mongolischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, Vorsitzender des Ministerrates, J. Zedenbal; der Verteidigungsminister Sh. Llagwasuren; der Außenminister P. Schagdarsuren.

An der Tagung nahm der Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion, A. A. Gretschko, teil.

Auf der Tagung führte der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Erste Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, den Vorsitz.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses hatten in einer Atmosphäre völligen gegenseitigen Verständnisses und der Einmütigkeit einen umfassenden Meinungs-austausch über Fragen der jüngsten Entwicklung der internationalen Ereignisse und prüften in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages zur Sicherung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt.

Der Politische Beratende Ausschuss ging dabei von den theoretischen und politischen Schlußfolgerungen der Novemberberatung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aus, von ihren historischen Dokumenten, in denen die brennendsten und lebenswichtigsten Fragen des Kampfes für den Frieden und die Verhinderung eines Krieges beantwortet sind.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses stellten mit Genugtuung fest, daß die Länder des sozialistischen Lagers seit der vorangegangenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (Februar 1960) neue hervorragende Erfolge bei der Entwicklung von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik, bei der Hebung des materiellen Wohlstandes ihrer Völker sowie im friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Systeme erzielt haben. Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung hat dank der friedliebenden Außenpolitik der Länder des sozialistischen Lagers neue wichtige Siege errungen; unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung der unterjochten Völker, die um ihre nationale Unabhängigkeit ringen, nimmt der Zerfall des Kolonialsystems seinen Fortgang.

Unermeßlich gewachsen sind die realen Kräfte des Sozialismus und des Friedens, die die aggressiven Pläne der Imperialisten durchkreuzen und einen dauerhaften Frieden erkämpfen können.

Die Teilnehmer der Tagung stellen zugleich fest, daß die aggressiven Kreise nach wie vor eine Gesundung der internationalen Lage behindern und den Bemühungen der friedliebenden Staaten um die Erhaltung und Festigung des Friedens entgegenwirken.

Die imperialistischen Mitgliedstaaten der NATO und der anderen aggressiven Militärgruppierungen setzen das Wettrüsten fort, dehnen die Kriegsvorbereitungen aus, bemühen sich um die Anlegung neuer militärischer Stützpunkte in Europa und anderen Teilen der Welt, speichern Atom- und Raketenwaffen und verwandeln die NATO in die vierte Atommacht.

Mit Hilfe der USA, Englands und Frankreichs wird die Aufstellung der von Hitler-Generalen befehligten aggressiven westdeutschen Armee und deren Ausrüstung mit Raketen- und Kernwaffen sowie anderen neuesten Massenvernichtungsmitteln forciert. Man stellt Westdeutschland militärische Stützpunkte in anderen Ländern zur Verfügung. Alle diese Schritte nehmen um so gefährlicheren Charakter an, als die Regierung Westdeutschlands nicht aufhört, territoriale Forderungen an andere Staaten zu stellen und revanchistische Propaganda unter der westdeutschen Öffentlichkeit zu betreiben. Westdeutschland wird zum wichtigsten Herd der Kriegsgefahr in Europa.

Die aggressiven imperialistischen Kreise machen verzweifelte Anstrengungen, um die Völker nicht auf der Bahn des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts vorankommen zu lassen. Immer häufiger greifen sie offen zu Waffengewalt, um die wachsende nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu unterdrücken, was die blutigen Verbrechen der Kolonialherren in Kongo, Algerien, Angola und Laos sowie die unausgesetzten Provokationen gegen die Republik Kuba bestätigen.

Die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages können nicht teilnahmslos zusehen, wie die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren. Die sozialistischen Staaten haben ihre auf die allgemeine und vollständige Abrüstung, die Einstellung des Wettrüstens und die Entspannung der internationalen Lage gerichteten Bemühungen nicht eingestellt und werden sie nicht einstellen. Jedoch angesichts der Situation, die sich aus den neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte ergibt, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Laufe ihres allseitigen Meinungsaustausches die Maßnahmen vereinbart, die sie für notwendig halten, um ihre Verteidigungsfähigkeit weiter zu festigen und den Weltfrieden zu konsolidieren. Dabei gehen sie von der Schlußfolgerung der Novemberberatung der kommunistischen und Arbeiterparteien aus, daß das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die sich gegen den Krieg wenden, sowie alle friedliebenden Kräfte in vereinten Bemühungen einen Weltkrieg abwenden können.

Zur Sicherung des Friedens ist die Liquidierung der Überreste des Zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und im Zusammenhang damit die Entschärfung des Gefahrenherdes West-Berlin durch seine Verwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt dringend notwendig.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären feierlich, daß sie auch in Zukunft unbeirrbar die Politik der friedlichen Koexistenz durchführen werden und jederzeit bereit sind, mit anderen Staaten vereinbarte umfassendste Maßnahmen zu treffen, um den Frieden und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten.

[Quelle: Engel, Franz-Wilhelm (Hrsg.): Handbuch der Noten, Pakte und Verträge, Recklinghausen ²1968, S.608-610.]